

Gemeindetag/Kärnten

### Abschluß des 36. Österreichischen Gemeindetages 3 Klagenfurt/APA

Utl.: Pramböck warnt vor Kompetenzverlust für Gemeinden im Falle eines EG-Beitrittes =

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Erich Pramböck, verwies in seiner Ansprache auf die außerordentlich gute Zusammenarbeit zwischen Gemeindebund und Städtebund. Das Jahr 1988 sei ein "Meilenstein in der österreichischen Kommunalpolitik" gewesen, da die beiden Vereinigungen in die Bundesverfassung aufgenommen wurden. \*\*\*\*

Im Hinblick auf die Annäherung Österreichs an die EG betonte Pramböck die wichtige Funktion der österreichischen Städte und Gemeinden, denen es vor allem auch zukomme, grenzüberschreitende Initiativen zu setzen. Pramböck warnte aber auch davor, daß die Gemeinden im Falle eines EG-Beitrittes eine Reihe von Kompetenzen an Brüssel verlieren würden. Gerade deshalb sei es notwendig, als Gemeindebünde zusammenzuhalten.

Zwtl.: "Österreich hat keine Alternative zu Europa"

Der Oberbürgermeister von Schweningen (BRD), Gerhard Gehbauer, betonte in seiner Funktion als Vertreter des Rates der Gemeinden Europas, daß Österreich keine Alternative zu Europa habe und gab sich überzeugt, daß Österreich in die EG gehöre. Nun müsse man einen Weg finden, das österreichische Neutralitätsprinzip nicht zu verletzen.

Österreich legt nach den Worten des BRD-Bürgermeisters großen Wert auf kommunale Selbstverwaltung, auf "Demokratie von Unten". Hingegen wiesen eine Reihe von EG-Ländern eine schwache kommunale Selbstverwaltung auf. Der Rat der Gemeinden Europas lege deshalb großen Wert auf einen EG-Beitritt Österreichs, da ansonsten die Gefahr bestehe, daß sich die Gemeinschaft hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung "auf einen zu niedrigen Level einigt".

Zwtl.: Einbindung der Gemeinden in EG-Verhandlungen gefordert

Der 36. Österreichische Gemeindetag verabschiedete zum Abschluß seiner Tagung eine Resolution, laut der die Bemühungen der Bundesregierung um eine Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt unterstützt werden. Dabei sei jedoch unbedingt auf die immerwährende Neutralität, das ausgeprägte föderalistische System und auf die verfassungsmäßig garantierte Gemeindeautonomie Rücksicht zu nehmen. Bei allen Verhandlungen zwischen der Republik Österreich im Zusammenhang mit einem allfälligen EG-Beitritt sei daher der Österreichische Gemeindebund beizuziehen.

(Schluß) awi/si

APA116 1989-06-02/11:58

0042/0297/2378

Gemeindetag/Kärnten/Haider

### Abschluß des 36. Österreichischen Gemeindetages 2 Klagenfurt/APA

Utl.: Haider kündigt neue Wege der Gemeindepolitik an - Neuer Kärntner Landeshauptmann gegen Ausländerwahlrecht =

Neue Wege in Kärnten im Hinblick auf die Gemeinden kündigte der seit Dienstag amtierende Landeshauptmann Jörg Haider in seiner Ansprache vor dem Gemeindetag in der Klagenfurter Messehalle 5 an. Wie Haider betonte, müßte vor allem am Finanzausgleich noch viel gearbeitet werden. Er werde jedenfalls dafür Sorge tragen, daß die Bürgermeister im Zusammenhang mit den Bedarfszuweisungen an die Gemeinden nicht mehr als Bittsteller auftreten müßten. In Hinkunft sollten Landesregierung und Gemeinden gemeinsam über notwendige Investitionen und die damit verbundenen Zuweisungen von seiten des Landes beraten. \*\*\*\*

Die Gemeinden werden nach den Worten Haiders künftig auch im Bereich der Privatisierung öffentlicher Leistungen ein Partner sein. Dazu sei allerdings innerhalb der Gemeinden eine dynamische Verwaltungsstruktur vonnöten. Des weiteren kündigte Haider an, in Kärnten die gesamte Gemeindestruktur überprüfen zu lassen. Jene Gemeinden, die in den 70er Jahren gegen ihren Willen zusammengelegt worden seien, würden wieder selbständig werden, wenn die betroffene Bevölkerung dies wünsche.

Ebenso wie bereits am Vortag der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder, sprach sich auch Haider am Freitag gegen ein Ausländerwahlrecht aus. Solange die rund 450.000 Auslandsösterreicher in ihrer Heimat nicht wählen dürften, wäre es ein Widerspruch, jenen das Wahlrecht einzuräumen, die nur ein oder zwei Jahre hier lebten.

Indirekt auf den bevorstehenden Prozeß gegen den Klagenfurter Bürgermeister Leopold Guggenberger anspielend plädierte Haider für eine flexiblere Verwaltung in den Gemeinden. Es gehe nicht an, daß ein Bürgermeister kriminalisiert werde, wenn er bürgernah agiere und der Bevölkerung entgegenkomme.

(Forts.) awi/si

APA101 1989-06-02/11:35

0034/0243/1944

---

APA0069 5 II

Fr, 02.Jun 1989

Gemeindetag/Kärnten/Neisser

### **Abschluß des 36. Österreichischen Gemeindetages 1**

Utl.: Neisser: Die Europapolitik braucht die aktive Mitwirkung der Gemeinden =

Klagenfurt (APA) - Die Gemeinden werden im Prozeß der europäischen Integration auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Dies betonte der frühere Kanzleramtsminister Heinrich Neisser in einem Vortrag beim 36. Österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt. Das Generalthema des heutigen zweiten und letzten Tages der Veranstaltung lautet "Die Kommunalpolitik in den 90er Jahren". \*\*\*\*

Auch in Brüssel setzt sich laut Neisser immer mehr die Erkenntnis durch, daß ein europäischer Einigungsprozeß ohne aktive Mitwirkung der Regionen, der Gemeindeverbände und der Gemeinden nicht möglich sei. "Das bedeutet, daß auch die österreichischen Gemeinden von Anfang an in den politischen Entscheidungsprozeß der österreichischen EG-Politik miteinbezogen werden". Der Städtebund und der Gemeindebund würden gewährleisten, daß auch bei einer Teilnahme Österreichs am europäischen Binnenmarkt die Gemeindeautonomie erhalten bleibt, sagte der Ex-Minister in seinem Referat mit dem Titel "Die kommunale Selbstverwaltung - Europäische Integration". Das europäische Aufbauwerk brauche eine europäische Gemeindepolitik, die die Rolle und die Verantwortung der Gemeinden stärkt. Dies betreffe nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch die kulturelle Herausforderung der kommunalen Selbstverwaltung.

Neisser bezeichnete die österreichischen Gemeinden als ein dynamisches Element des österreichischen Föderalismus. "Sie haben die Aufgabe, im Europa von morgen Brücken zu bauen, die aus der Wirtschaftsgemeinschaft ein Europa der gemeinsamen Kultur und der lebendigen Demokratie machen", sagte er.

(Forts.mögl.) dl/jr

Justiz/Kärnten/Guggenberger

## Klagenfurts Bürgermeister ... 2 Klagenfurt/APA

Utl.: Guggenberger: Keine kriminellen Handlungen im üblichen Sinn -  
Romeder: Agieren am Rande des Gesetzes kann vorkommen =

Guggenberger vertrat am Donnerstag die Auffassung, daß es sich bei den ihm zur Last gelegten Fällen um "keine kriminellen Handlungen im üblichen Sinn" handle. Es seien vielmehr Situationen gewesen, "in die jeder Bürgermeister eines Tages geraten kann". Das Verfahren gegen ihn werde in seiner Durchführung eine grundsätzliche Angelegenheit sein und er stehe stellvertretend für alle Bürgermeister vor Gericht, sagte Guggenberger am Rande einer Pressekonferenz zum Österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt. \*\*\*\*

Der Präsident des Österreichischen Gemeindetages und Präsident der niederösterreichischen Landtages, Franz Romeder, meinte, daß sich ein Bürgermeister "in einem gewissen Spannungsfeld" zwischen den Bürgern und den von ihm einzuhaltenden Gesetzen befinde. Dabei könne es passieren, daß er zwar nicht gegen das Gesetz, wohl aber "am Rande oder außerhalb des Gesetzes" agieren müsse.

(Schluß) awi/dl/jr

Gemeindetag/Kärnten

## 36. Österreichischer Gemeindetag ... 2 Klagenfurt/APA

Utl.: Flemming: Umweltschutz größte Herausforderung für die  
Gemeinden in den nächsten Jahren - Smogalarmgesetz tritt  
mit heutigem Tag in Kraft =

Als die größte Herausforderung für die Gemeinden in den nächsten Jahren bezeichnete Umweltministerin Marilies Flemming den Umweltschutz. Die Ministerin verwies in diesem Zusammenhang in der Pressekonferenz in Klagenfurt darauf, daß mit dem heutigen Donnerstag das Smogalarmgesetz in Kraft trete. Am Mittwoch kommender Woche werde dann im Parlament das Altlastensanierungsgesetz verabschiedet, und das Abfallwirtschaftsgesetz werde noch vor dem Sommer im Ministerrat behandelt. \*\*\*\*

Hinsichtlich der Altlasten-Problematik meinte die Ministerin, daß in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hier sehr viel aus Unwissenheit heraus passiert sei. So wüßten viele Gemeinden heute nicht mehr, wie viele Deponien in den vergangenen 30 Jahren errichtet worden seien. Flemming wies auch darauf hin, daß die derzeit einzige Hochverbrennungsanlage, die EBS in Wien, völlig ausgelastet sei und appellierte in diesem Zusammenhang an die Gemeinden, sich nicht gegen Standorte für Verbrennungsanlagen zu wehren. Die Bundesländer Kärnten, Steiermark und Salzburg hätten sich hier zusammengeschlossen und suchten derzeit gemeinsam nach einem geeigneten derartigen Standpunkt. Auf die Frage der Kosten für die Altlastensanierung meinte Flemming, primär sollte der Verursacher zahlen, den man in Hinkunft "beinhart zur Kasse bitten" werde.

Zum geplanten Abfallwirtschaftsgesetz sagte die Ministerin, dieses würde vor allem strenge Vermeidungsbestimmungen mit sich bringen. An die Gemeinden appellierte Flemming, in noch stärkerem Ausmaß getrennte Sammlungen durchzuführen und wies darauf hin, daß rund 30 Prozent des Hausmülls kompostierbar seien. Weitere 50 Prozent des Volumens des Hausmülls sei Verpackungsmaterial. Flemming rief dazu auf, vermehrt Sondersammlungen für wiederverwertbare Kunststoffe durchzuführen. Des weiteren sollte der Beruf des Umweltberaters in den Gemeinden stärker zum Tragen kommen, wodurch sich die Gemeinden in Hinkunft eine Menge Geld ersparen könnten.

Zum Smogalarmgesetz erklärte Flemming, damit verfüge Österreich erstmals über ein geeignetes Instrumentarium, um die Gesundheit der Menschen und der Umwelt bei Smog zu schützen. Österreich könne stolz darauf sein, daß Bund und Länder gemeinsam den Mut zu einem solchen Gesetz mit so niedrigen Grenzwerten gehabt hätten. Bereits im Herbst dieses Jahres würden alle Smogalarmgebiete in Österreich ausgewiesen sein. Bis zu diesem Zeitpunkt planten alle Bundesländer, die mit einem Smogalarmgebiet rechnen, ihre jeweiligen Alarmpläne ausgearbeitet zu haben.

Zwtl.: Gespräche mit Belgrad über Umweltschutzvertrag

Die Umweltministerin kündigte ferner an, daß im Herbst mit Jugoslawien Gespräche über einen bilateralen Umweltschutzvertrag aufgenommen werden würden. Dabei werde auch das Kernkraftwerk Krsko in Slowenien zur Sprache kommen.

(Forts.mögl.) awi/dl/gs

APA213 1989-06-01/14:16

0051/0377/3023

---

APA0191 5 II

Do, 01.Jun 1989

Gemeindetag/Kärnten

### **36. Österreichischer Gemeindetag in Klagenfurt 1**

Utl.: EG-Verhandlungen und Umweltschutz zentrale Fragen der Zukunft - Gemeinden fordern Einbindung in EG-Gespräche =

Klagenfurt (APA) - Die Kärntner Landeshauptstadt ist Donnerstag und Freitag Schauplatz der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs: Mehr als 1.600 Bürgermeister und kommunale Funktionäre sowie von seiten der Bundesregierung die Minister Marilies Flemming und Franz Löschnak nehmen am 36. Österreichischen Gemeindetag teil. Als die zwei wesentlichen Fragen für die Kommunalpolitik in den nächsten Jahren nannte der Präsident des niederösterreichischen Landtages und Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder, am Donnerstag in einer Pressekonferenz die anstehenden EG-Verhandlungen sowie den Umweltschutz. \*\*\*\*

Hinsichtlich der Verhandlungen mit Brüssel erwarten sich die Gemeinden - ebenso wie der Städtebund - nach den Worten Romeders ein volles Mitspracherecht. Soweit kommunale Interessen berührt werden, seien die Gemeinden bzw. der Gemeindebund in allen politischen Vorbereitungsgremien zu verankern. Im Hinblick auf die zu erwartenden Steuerverluste bei einem allfälligen EG-Beitritt fordern die Gemeinden einen Ausgleich. Allerdings seien die Gemeinden nicht bereit, im Falle eines EG-Beitritts einen laufenden finanziellen Beitrag zu entrichten, betonte Romeder. Man befinde sich hier "auf einer Linie" mit dem Österreichischen Städtebund.

Zur Verstärkung des Umweltschutzes in den 90er Jahren verlangt der Gemeindebund vor allem mehr Förderungen von seiten des Bundes. Anstelle von Darlehen sollte es für finanzschwache Gemeinden vermehrt nicht rückzahlbare Beihilfen geben. Wie Romeder unterstrich, dürfe der Wasserwirtschaftsfonds jedoch "nicht angeknabbert", sondern sollte vielmehr noch ausgebaut werden.

Das neue verschärfte Umweltstrafrecht dürfe nach den Worten Romeders nicht dazu führen, daß Bürgermeister aufgrund der oft unrealistischen Fristen "mit einem Fuß permanent im Kriminal sind". Man erwarte sich deshalb einen liberalen, gemeindefreundlichen und damit bürgernahen

Gesetzesvollzug. Die Kommunalpolitiker hätten nämlich oft damit zu kämpfen, daß bei zu kurzfristig erteilten Umweltauflagen kein Geld vorhanden sei.

Zwtl.: Romeder gegen Ausländerwahlrecht

Zur Diskussion über ein Ausländerwahlrecht meinte Präsident Romeder, er persönlich vertrete den Standpunkt, daß das Wahlrecht grundsätzlich an die Staatsbürgerschaft zu binden sei.

Wahlberechtigte sollten sich nämlich mit einer Gebietskörperschaft, in der sie wählen, durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft identifizieren. Dazu sollten die Wartezeiten für die Gewährung der Staatsbürgerschaft verkürzt werden.

(Forts.) awi/dl/jr

APA191 1989-06-01/13:53

0046/0338/2708